

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5631

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5631



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Positionspapier

Digitalstandort Schweiz: Kompetenz und smarte Governance statt Abschottung

Die Schweiz steht vor der Herausforderung, ihre technologische Spitzenposition in einem geopolitisch volatilen Umfeld zu behaupten und zugleich ihre Resilienz im digitalen Bereich zu stärken. Diese zusammen mit den Mitgliedern entwickelte Position basiert auf drei Pfeilern.

Das Wichtigste in Kürze

- Souveränität durch Kompetenz statt Isolation: Wahre Souveränität bedeutet die Fähigkeit zur selbstständigen Entscheidung und Risikokontrolle. Dies erfordert tiefes technisches Know-how und eine smarte Governance, keine digitale Abschottung.
- Differenzierte Resilienz: Resilienz muss auf der einen Seite horizontal differenziert werden, also nach Anwendungsbereich. In hoheitlichen Kernbereichen ist eine inländische Infrastruktur (z. B. Swiss Government Cloud) und optimale Kontrolle notwendig. Ausserhalb dieser Zonen sichern Diversifikation, offene Standards und globale Kooperation unsere Innovationskraft. Die Schweiz benötigt dort Technologie und oftmals auch Spitzentechnologie mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis. Auf der anderen Seite kann die Schweiz vertikal ihre Resilienz entlang strategisch wichtiger Wertschöpfungsketten stärken und ihre hohe Relevanz in diesen Wertschöpfungsketten zum Tragen bringen. Dies kann gelingen, indem sie durch hoch spezialisierte Technologie und Innovation global relevant auf einzelnen Wertschöpfungsschritten ist. Resilienz durch eine möglichst umfassende Abdeckung der Wertschöpfungskette zu erreichen ist für ein kleines, verbundenes und hoch entwickeltes Land wie die Schweiz jedoch nicht realistisch und auch nicht zielführend.
- Wettbewerbsfähigkeit durch Rechtssicherheit: Wir setzen auf einen technologieneutralen Rechtsrahmen, internationale Zusammenarbeit und lehnen protektionistische Industriepolitik ab, da diese zu Ineffizienz und technologischem Rückstand führt.

Kontakt

Angela Anthamatten

Stv. Bereichsleiterin
Wettbewerb & Regulatorisches
angela.anthamatten@economiesuisse.ch

David Stauffacher

Projektleiter Infrastruktur und Digitales
david.stauffacher@economiesuisse.ch

Ausgangslage

Getrieben von einer unsicherer werdenden geopolitischen und volkswirtschaftlichen Lage werden Abhängigkeiten von ausländischer Soft- und Hardware heute in der Politik vermehrt thematisiert. Privatwirtschaftliche Prozesse und staatliche Aufgaben hängen zunehmend von Technologien ab, die ausserhalb des unmittelbaren Einflussbereichs der Schweiz liegen. Dies wird unter dem Schlagwort «digitale Souveränität» kontrovers diskutiert. Hinter diesem Begriff stehen legitime Anliegen wie die Sicherung strategischer Handlungsfähigkeit, der Umgang mit Machtasymmetrien gegenüber grossen Technologiekonzernen sowie die Frage, wie Abhängigkeiten in kritischen Infrastrukturbereichen begrenzt werden können. Gleichzeitig aber wird der Begriff zunehmend zur Projektionsfläche für Abschottungstendenzen oder grundlegend marktfeindliche Positionen. Eine differenzierte Auseinandersetzung mit den tatsächlichen Risiken und legitimen Schutzinteressen ist daher unerlässlich – ebenso wie eine klare Abgrenzung gegenüber protektionistischen oder ideologischen Reflexen.

Die Schweiz ist dank ihrer globalen Vernetzung im Digitalbereich eine technologische Vorreiterin. Sie zählt in einschlägigen Innovationsrankings stets zur internationalen Spitze. Die Nähe zwischen Hochschulen und Unternehmen, hervorragende Fachkräfte aus Theorie und Praxis, der freie Zugang zu Weltmärkten und zu digitalen Ressourcen wie Cloud-Infrastrukturen, KI-Systemen, Software und Hardware sowie eine leistungsfähige digitale Infrastruktur schaffen ein innovationsfreundliches Umfeld. Dieses Umfeld zieht wiederum Talente und Investitionen an, fördert eine dynamische Start-up-Szene und ermöglicht etablierten Unternehmen den Zugang zu Know-how und internationaler Spitzentechnologie.

Digitale Wertschöpfungsketten sind global stark vernetzt und folgen einer internationalen Arbeitsteilung – die Schweiz hat ihre Stärken vor allem in Anwendungen sowie bestimmten hoch spezialisierten Technologien. Die Schweiz und Europa sind heute bei Weitem nicht in der Lage, sämtliche digitalen Basistechnologien, von Halbleitern über Cloud-Infrastrukturen bis zu globalen Softwareplattformen, vollends eigenständig zu entwickeln und zu betreiben. Dafür profitieren sie enorm von Spitzentechnologie wie beispielsweise aus China oder den USA und bauen auf dieser Grundlage eigene Wertschöpfung auf. Selbst mutmasslich eigenständige, lokale Lösungen bauen oftmals auf internationalen Grundlagen. Sie bieten bei bedeutenden Mehrkosten nur begrenzt Unabhängigkeit. Gleichwohl spielt eine unabhängige, selbstbestimmte IT-Grundlage auch für die Wirtschaft eine wichtige Rolle. Ein wichtiger Hebel sind spezifische, hoch spezialisierte Technologien, bei welchen die Schweiz global von Relevanz ist und sein kann.

Problematik

In einem zunehmend unsicheren Umfeld muss die Schweiz Zugang zu Know-how und Spitzentechnologie bewahren und gleichzeitig die eigene Handlungsfähigkeit sowie die Wahrung ihrer Interessen sicherstellen. Berechtigte Anliegen wie technologische Wahlfreiheit, Kontrolle, Sicherheit und Resilienz müssen mit dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interesse an leistungsfähigen digitalen Ressourcen ausbalanciert werden. Sonst drohen Fehlentscheide und Fehlallokationen, welche die Innovationsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand der Schweiz beeinträchtigen und die Schweiz vulnerabel machen. Beispielsweise könnte ein Ausschluss von internationalen Spitzentechnologien die Cyberrisiken für die Schweiz erhöhen.

Die Debatte ist wenig differenziert. Besonders in der aufgeheizten Auseinandersetzung um den öffentlichen Sektor wird kaum zwischen Anwendungsbereichen mit unterschiedlicher Kritikalität unterschieden. Dabei hat dieser Sektor eine wichtige Signal- und Multiplikatorenwirkung für den gesamten Standort. Setzt der Staat nicht auf die beste verfügbare Technologie zum besten Preis, bleibt diese auch den Firmen potenziell vorenthalten. Leidtragend sind am Ende alle unsere Bürgerinnen und Bürger, Steuerzahlenden und Arbeitnehmende.

In der öffentlichen Debatte entsteht zunehmend der Eindruck, technologische Entwicklungen liessen sich primär mit immer mehr neuer Regulierung steuern. Dabei wird ausgeblendet, dass die Schweiz dank ihres technologieneutralen Rechtsrahmens bereits heute über ein dichtes Netz an gesetzlichen Vorgaben im digitalen Raum verfügt. Datenschutzrecht, Informationssicherheitsrecht, Fernmelderecht sowie sektorspezifische Spezialerlasse verpflichten Unternehmen und Verwaltung zu hohen Standards bei Datenschutz, Datensicherheit, Risikomanagement, Governance und Transparenz. Viele gesetzgeberische Vorhaben ignorieren diese Grundlagen und fokussieren zudem auf isolierte Problembereiche wie den Jugendschutz, die Prävention von Cyberattacken oder die IT-Infrastruktur der Verwaltung. Eine ganzheitliche Betrachtung findet zu selten statt. Dabei ist zu differenzieren: Nicht jede Regulierung ist gleichzusetzen mit Überregulierung. Gezielte, risikobasierte Regulierungsansätze – etwa im Bereich KI-Governance, Datenschutz, Urheberrecht oder Wettbewerbsfragen im digitalen Raum – können legitim und notwendig sein, um Marktversagen zu korrigieren und das Vertrauen in digitale Systeme zu stärken. Bevor zusätzliche Regulierung geschaffen wird, ist jedoch systematisch zu prüfen, inwiefern bestehende Normen konsequent angewendet und wo erforderlich gezielt präzisiert werden können. Der pragmatische und technologieneutrale Umgang mit der Regulierung neuer Technologien war bisher ein Erfolgsrezept der Schweiz und sollte weiterhin Leitprinzip bleiben.

Technologische Fehlallokationen haben auch internationale Signalwirkung und verursachen Kollateralschäden. Die Schweiz steht global ein für eine regelbasierte internationale Rechtsordnung, dies umfasst auch das Handelsrecht der WTO. Dadurch ist sie eine verlässliche Partnerin. Die Forderung nach Abschottung im digitalen Raum verstösst gegen dieses wichtige Grundprinzip offener Märkte und gefährdet das Ansehen und die Handelsbeziehungen unserer handelsorientierten, offenen Volkswirtschaft. Gleichzeitig ist anzuerkennen, dass diese regelbasierte Ordnung im digitalen Kontext unter Druck gerät: Durchsetzungsmechanismen stossen an Grenzen, wenn digitale Güter und Dienstleistungen schwer klassifizierbar sind, staatliche Akteure Technologie strategisch einsetzen oder geopolitische Spannungen das multilaterale Regelsystem belasten. Die Schweiz muss sich dieser Spannungsfelder bewusst sein und aktiv auf ihre Eindämmung hinwirken.

Die internationalen Rechtsentwicklungen im Bereich des grenzüberschreitenden Datenzugriffs sind ein zentraler Auslöser der aktuellen Souveränitätsdebatte und betreffen Schweizer Unternehmen unmittelbar. Instrumente wie die EU-E-Evidence-Richtlinie oder der US CLOUD Act betreffen den grenzüberschreitenden Zugriff auf elektronische Beweismittel im Rahmen von Strafverfahren. Auch wenn diese Regelungen klar auf die Strafverfolgung beschränkt sind, stellen sich für in der Schweiz tätige Unternehmen Fragen zum Zusammenspiel mit dem schweizerischen Recht und zu möglichen Konfliktlagen im internationalen Kontext. Eine frühzeitige und proaktive Klärung dieser Fragen ist zentral, um Rechtssicherheit zu gewährleisten und die Attraktivität des Digitalstandorts Schweiz zu sichern.

Lösungen

Aus Sicht der Wirtschaft braucht es einen **realistischen und differenzierten Ansatz**. Der Digitalstandort Schweiz kommt nicht durch Isolation oder Diskriminierung einzelner Anbieter oder Jurisdiktionen voran, sondern durch die Fähigkeit zur selbstständigen Entscheidung, Risikokontrolle und Handlungsfähigkeit in kritischen Situationen.¹ Es ist zwingend, in diesem anspruchsvollen Feld die ideologische Ablehnung und generelle Marktkritik von berechtigten Interessen abzugrenzen. Im hochsensitiven Kernbereich, etwa bei sicherheitsrelevanten Verwaltungssystemen und kritischer Infrastruktur, ist eine weitgehend inländisch kontrollierte Infrastruktur unabdingbar. Der Aufbau der Swiss Government Cloud ist in diesem Zusammenhang ein sinnvoller Schritt. Dabei ist jedoch anzuerkennen, dass auch hier Abhängigkeiten von globalen Lieferketten, Hardware-Komponenten und internationalen Standards bestehen bleiben und das Preis-Leistungs-Verhältnis für die Steuerzahlenden beeinflussen. Ausserhalb dieser hoheitlichen Funktionen muss die Schweiz konsequent auf Offenheit, Wettbewerb und internationale Kooperation setzen, um ihre Innovationskraft zu wahren. Die Wirtschaft sieht drei zentrale Handlungsfelder, um dies zu erreichen.

01 Kontrolle gewährleisten

- **Kompetenz stärken:** Kontrolle entsteht durch Know-how, kontinuierliche Verbesserung und professionelle Prozesse. Regulierung kann Mindeststandards setzen, ersetzt aber den Bedarf an ausreichendem Fachwissen nicht, gerade im schnelllebigen Technologieumfeld. Dieses Fachwissen ist zentral, sei es bei der Ausarbeitung einer betriebseigenen KI-Richtlinie, beim Aufbau einer resilienten IT-Infrastruktur oder beim Umgang mit Informationen im digitalen Raum (Medienkompetenz). Nicht nur das Bildungssystem, auch Unternehmen und die Verwaltung stehen in der Pflicht für den Aufbau der nötigen Kompetenzen der Mitarbeitenden.
- **Wirtschaftliche und deregulierende Lösungen:** Digitale Kontrolle in jeder Verwaltungseinheit und jedem Unternehmen beginnt mit einem klaren Bild der eigenen IT-Bedürfnisse und einem klaren Plan für deren Umsetzung. Ansprüche wie Sicherheit und Datenschutz, gezielte Diversifizierung oder ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis können nur erreicht werden, wenn ein Rahmen aus Strukturen, Prozessen, Führungs- und Kontrollmechanismen geschaffen wird. Dieser Rahmen muss sicherstellen, dass die Ziele der Or-

¹ Verschiedene Grundlagenarbeiten unterstützen diese Sichtweise, siehe z. B. Swiss Data Alliance oder der Postulatsbericht 22.4411 des Bundesrats.

ganisation erreicht werden, sei es eine Verwaltungseinheit oder ein Unternehmen. Die Technologiewahl kann erst auf Basis eines solchen Rahmens erfolgen. Jede Organisation sollte in der Lage sein, ihre Bedürfnisse für den Normalbetrieb sowie den Krisenbetrieb präzise zu spezifizieren und die Beschaffung ihrer Infrastruktur und Dienstleistungen entsprechend auszurichten.

→ **Offenheit und Rechtssicherheit bewahren:** Grosse, mit umfassenden Ressourcen betriebene Infrastrukturen können ein höheres Sicherheitsniveau bieten als fragmentierte, lokal betriebene Systeme. Digitale Sicherheit oder Risiken hängen jedoch nicht nur vom geografischen Standort eines Anbieters ab, sondern vor allem von der Qualität der gesamten Sicherheitsarchitektur. Starke Verschlüsselung, klare Verantwortlichkeiten und regelmässige, professionelle Audits sind zentrale Elemente zum Schutz sensibler Daten. Geografische Kriterien allein bieten keinen wirksamen Schutz, die Qualität der Sicherheitsarchitektur ist entscheidend. Im Bereich kritischer Infrastrukturen – das heisst Systeme, deren Ausfall oder Beeinträchtigung erhebliche Konsequenzen für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft hätte – gelten erhöhte Anforderungen an digitale Resilienz. Dies umfasst neben Sicherheitsstandards auch Sorgfaltspflichten bei der Beschaffung, die Fähigkeit zur Systemwiederherstellung sowie wo nötig vorbereitete Notfallpläne. Die eigentliche Herausforderung besteht darin, Marktoffenheit – mit ihren Vorteilen für Leistung, Innovation und Kostenoptimierung – und verlässliche regulatorische Vorgaben für Versorgungssicherheit und Verfügbarkeit in Balance zu halten. Um dies sicherzustellen, muss die Schweiz weiterhin einen offenen Umgang mit internationalen Technologieanbietern pflegen und den hier ansässigen Firmen höchste Rechtssicherheit bieten. Offenheit schafft die Grundlage für Wahlfreiheit und Wahlfreiheit ermöglicht Redundanzen und eine optimierte Resilienz.

02 Handlungsfähigkeit schaffen

→ **Diversifikation als Absicherung:** Abhängigkeiten können auch bei der Wahl eines grossen internationalen Technologieanbieters mitigiert werden. Moderne IT-Architekturen ermöglichen Datenportabilität, offene Schnittstellen und den parallelen Einsatz mehrerer Anbieter. Voraussetzung dafür sind klare Anforderungen und ausgewogene strategische Architekturentscheide. Dabei ist insbesondere die Kapazität von Anbietern zur Gewährleistung von bestmöglicher IT-Sicherheit zu berücksichtigen. Eine Kombination mehrerer Anbieter kann zusätzliche Redundanz schaffen. Jede zusätzliche Schnittstelle erhöht jedoch auch den organisatorischen und finanziellen Aufwand sowie die Komplexität des Sicherheitsdispositivs. Diese Faktoren sind frühzeitig in Kosten-Nutzen-Bewertungen einzu beziehen. Der Bundesrat hat hier mit seiner Multi-Cloud-Strategie und seinem De-Risking-Ansatz grundsätzlich das Thema richtig eingeordnet. Er erkennt, dass er den Steuerzahlenden einen Technologiemarkt mit gutem Preis-Leistungs-Verhältnis und angemessener Sicherheit bieten muss und diversifiziert entsprechend seine Beschaffung. Das Gleiche machen auch Schweizer Firmen, die für sensitive und weniger sensitive Daten unterschiedliche Ansätze anwenden.

- **Differenzierung nach Sensibilität der Anwendung (horizontale Resilienz):** Ein ideales Kosten-Nutzen-Verhältnis entsteht, wenn Spitzentechnologien differenziert angewendet werden. Ausgangspunkt muss die Frage sein, welche Daten und Funktionen tatsächlich schützenswert sind. Zu unterscheiden sind insbesondere sicherheitsrelevante staatliche Informationen, besonders schützenswerte Personendaten, geheimnisrelevante Daten, geschäftskritische Unternehmensdaten sowie weniger kritische operative oder administrative Daten. Je nach Einstufung sind unterschiedliche technologische Lösungen sachgerecht. Anwendungen sind einem Risikoassessment zu unterziehen und entsprechend einzustufen. Je nachdem, ob die Kritikalität hoch, mittel oder tief ist, können andere technologische Lösungen herangezogen werden. Gerade bei Anwendungen mit tiefer oder mittlerer Kritikalität können standardisierte, breit eingesetzte Lösungen zweckmässig und effizient sein. In hochsensiblen Bereichen, etwa bei sicherheitsrelevanten Verwaltungssystemen und zentralen staatlichen Kernfunktionen, sind erhöhte Anforderungen an Sicherheit, Verfügbarkeit und Kontrolle gerechtfertigt. Der Aufbau der Swiss Government Cloud ist in diesem Zusammenhang ein sinnvoller Schritt. Entscheidend bleibt eine konsequente risikoorientierte Technologiewahl und ein ausgewogener Technologiemix.
- **Stärkung des Hebels der Schweiz auf spezifischen Technologien und Wertschöpfungsschritten (vertikale Resilienz):** Der Versuch, Resilienz in der Wertschöpfungskette durch eine möglichst umfassende inländische Abdeckung zu erreichen, ist für ein kleines Land wie die Schweiz wenig realistisch und kaum zielführend. Vielmehr kann die Schweiz dort international Relevanz haben und einen Hebel entwickeln, wo sie durch spezifische, hoch spezialisierte Technologien ein Alleinstellungsmerkmal aufweist und selbst für bestimmte Lieferketten unverzichtbar ist. Rahmenbedingungen sollten dementsprechend nicht auf eine Replizierung der Wertschöpfungsketten, sondern eine Stärkung und Weiterentwicklung der Unique Selling Proposition (USP) der Schweiz ausgerichtet werden. Oder anders formuliert: Die Schweiz sollte ihre strategische Relevanz in globalen Wertschöpfungsketten kennen und bewusst darauf aufbauen.

03 Leistungsfähigkeit und Wertschöpfung als Ziel

- Digitale Technologien sind ein zentraler Produktionsfaktor für alle Branchen und auch in der Verwaltung. In unserem Land sollen Firmen, Forschende, Verwaltung, Bürgerinnen und Bürger Zugang zu den bestmöglichen Technologien haben und ihre Anwendungen selbst auswählen. Gerade im Bereich der künstlichen Intelligenz ist der Zugang zu internationalen Spitzentechnologien, Hochleistungsrechenkapazitäten und führenden Plattformen entscheidend für Forschung, Entwicklung und Anwendung. Gleiches gilt für Schlüsseltechnologien wie Distributed Ledger Technologies, Robotik oder Quantencomputer. Eine Einschränkung dieses Zugangs würde die Position der Schweiz als attraktiven Standort direkt schwächen und deren Innovationspotenzial gefährden. Souverän ist, wer für den konkreten Anwendungsfall seine Anforderungen präzise definieren kann und dafür die beste Technologie wählt. Überregulierung und nationale Alleingänge sind zu vermeiden, da sie Innovation hemmen und insbesondere KMU und Start-ups übermässig belasten.

Forderungen der Wirtschaft

- Firmen und öffentliche Hand müssen in digitale Kompetenz investieren. Damit schaffen sie die Voraussetzung für strategisch weitsichtige, pragmatische Entscheide bei der Technologiewahl und deren verantwortungsvollen Einsatz. Zur digitalen Kompetenz gehört nicht nur die Technologiekompetenz im engeren Sinn, sondern auch Medien- und Nachrichtenkompetenz, um Informationen einordnen und Desinformation erkennen zu können.
- Insbesondere die öffentliche Hand braucht eine funktionierende und klar durchdachte IT-Governance, bevor Technologieentscheide getroffen werden: Selbstständige staatliche Lösungen dort, wo es demokratie- und sicherheitspolitisch notwendig ist (z.B. im Bereich Verteidigung und kritischer Infrastrukturen im öffentlichen und privaten Sektor); Offenheit und internationale Integration dort, wo sie Innovation, Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit fördern.
- Die Wirtschaft lehnt neue digitale Regulierung ohne vorgängige Prüfung des bestehenden technologieutralen Rechtsrahmens ab. Wo notwendig sind bestehende Regelwerke gezielt zu ergänzen. Über- und Doppelregulierung ist zu vermeiden, wie die aktuellen Korrekturen in der EU im Rahmen des «Digital Omnibus» zeigen. In der europäischen Digitalregulierung rückt die Wettbewerbsfähigkeit stärker ins Zentrum, dieser Entwicklung kann sich die Schweiz nicht verschliessen.
- Industriepolitik ist auch im digitalen Bereich mit Vorsicht zu geniessen. Der Staat ist Regelgeber und Kunde im Digitalbereich – nicht Investor. Wenn der Staat versucht, lokale Alternativen durch gezielte Förderinstrumente zu schaffen, anstatt risikobasierte Lösungen mit etablierten Marktplayern zu entwickeln, besteht die Gefahr für ineffektive Lösungen und ineffizienten Ressourceneinsatz. Zudem kann die Schweiz vor allem dort Resilienz entwickeln, wo sie nicht einfach repliziert, sondern ihre USP ausbaut, z. B. bei hoch spezialisierten Technologien von hoher Relevanz. Staatliche Unterstützung kann dann sinnvoll sein, wenn sie auf Marktversagen reagiert, Grundlagenforschung oder Ausbildung fördert oder eine technologische Mindestinfrastruktur aufbaut, die der Markt nicht bereitstellt. Entscheidend ist, dass dabei klare Kriterien gelten und keine Wettbewerbsverzerrungen zulasten etablierter Marktlösungen entstehen.
- Offenheit und Rechtssicherheit müssen ohne Vorbehalte gewährleistet werden, insbesondere durch die strikte Einhaltung des WTO-Rechts bei öffentlichen Ausschreibungen. Dies bedeutet vor allem, dass kein beschaffungsrechtlich fragwürdiger Ausschluss einzelner Anbieter erfolgen darf. Auch eine digital souveräne Schweiz muss rechtsstaatliche Prinzipien und internationale Regeln beachten. Offenheit ist mit eine Grundlage für strategische, technologische Wahlfreiheit. Es geht um ein Sowohl-als-auch und nicht um ein Entweder-oder zwischen in- und ausländischen Lösungen. Zugleich gilt mit Blick auf inländische Marktteilnehmer, dass im Wettbewerb gleiche Spiesse gelten sollen. Regulatorische Vorgaben sind diskriminierungsfrei anzuwenden und – wo rechtlich möglich – auch gegenüber ausländischen Anbietern durchzusetzen.

- Die Wirtschaft erwartet, dass der Bundesrat die Entwicklungen im grenzüberschreitenden digitalen Raum aufmerksam begleitet und allfällige rechtliche Unsicherheiten frühzeitig adressiert. Insbesondere im Zusammenhang mit der EU-E-Evidence-Regelung, dem US CLOUD Act sowie weiteren Fragen der internationalen Rechtshilfe ist darauf hinzuwirken, klare und praktikable Rahmenbedingungen für Unternehmen zu schaffen. Dadurch werden Rechts- und Planungssicherheit sowie die Attraktivität des Standorts Schweiz im digitalen Zeitalter nachhaltig gestärkt.